

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Dr. André Hahn, Jan Korte, Ina Latendorf, Cornelia Möhring, Petra Pau, Sören Pellmann, Martina Renner, Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE.

Bundesweiter Lehrkräftemangel an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrkräften

Der im Juni vorgestellte Nationale Bildungsbericht 2022 zeichnet im Hinblick auf den Lehrkräftemangel an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrkräften ein düsteres Bild: Bis zum Jahr 2035 fehlen rund 23 500 Lehrerinnen und Lehrer (vgl. Bildung in Deutschland 2022, S. 315). Die Autoren des Berichts weisen aus Sicht der Fragesteller zurecht darauf hin, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihren Bedarfsprognosen nur von den üblichen Rahmenbedingungen ausgeht und zusätzliche Bedarfe, die beispielsweise durch den Ganztagschulausbau, durch Inklusion oder geflüchtete Kinder aus der Ukraine entstehen, gar nicht in die Prognoserechnung einbezieht. Der renommierte Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm hat Anfang des Jahres 2022 im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) untersucht, wie belastbar die Prognosen der KMK tatsächlich sind. Er kommt zu dem Schluss, dass sich die Fachkräftelücke bis zum Jahr 2030 auf ca. 81 000 Lehrkräfte erhöhen wird (vgl. Prof. Dr. Klaus Klemm, Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2030, VBE 2022, S. 25). Damit übersteigt seine Prognose die der KMK um den Faktor 6. Diese geht nämlich bisher von nur 13 380 fehlenden Lehrkräften bis zum Jahr 2030 aus (vgl. Prof. Dr. Klaus Klemm, Entwicklung von Lehrkräftebedarf und -angebot in Deutschland bis 2030, VBE 2022, S. 5). Es liegt nahe, dass seitens der KMK fehlerhafte oder unvollständige Berechnungsgrundlagen zu einer deutlichen Unterschätzung des tatsächlichen Lehrkräftebedarfs führen. So berücksichtigen die Länder in ihren Schätzungen teilweise nicht, dass die Zahl der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen ebenso wie die Zahl der Studierenden im Lehramt aktuell sinken. Der Lehrkräftemangel wird nicht erst in den kommenden Jahren zu einem gravierenden Problem. Er ist vielerorts schon an den Schulen angekommen und wird besonders durch Unterrichtsausfälle sichtbar. Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Maike Finnen, verwies auf dem Gewerkschaftstag aus Sicht der Fragesteller zurecht darauf, dass der Lehrkräftemangel für eine deutlich höhere Belastung der Kolleginnen und Kollegen Sorge, die wiederum in Teilzeitarbeit umsteigen, um eben der Überlastung zu entkommen. So entstünde ein Teufelskreis aus Überlastung durch Fachkräftemangel – und umgekehrt speise der Fachkräftemangel die Überlastung (vgl. <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/der-handlungsbedarf-ist-riesig>, abgerufen am 10. August 2022).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Bedarf an Lehrkräften an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrkräften zum Schuljahresbeginn 2022/2023 bundesweit (bitte nach Bundesländern und Schularten aufschlüsseln)?
2. Wie hoch wird nach Kenntnis der Bundesregierung der Lehrkräftebedarf an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrkräften bis zum Jahr 2035 bundesweit sein, und wie viele Lehrkräfte werden voraussichtlich fehlen (bitte nach Jahren, Bundesländern und Schularten aufschlüsseln)?
3. Welche Fächer sind nach Kenntnis der Bundesregierung besonders vom Lehrkräftemangel betroffen?
4. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung ländliche Regionen oder Schulen in sozialen Brennpunkten besonders vom Lehrkräftemangel betroffen?
5. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass der Lehrkräftemangel soziale Disparitäten verschärfen wird?
6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Bedarf an zusätzlichem Lehrpersonal durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/2027 bis zum Jahr 2035 (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
7. Wie bewertet die Bundesregierung die große Diskrepanz zwischen den Lehrkräftebedarfsrechnungen der KMK und dem Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm?
8. Wie viele Unterrichtsstunden sind nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit in den vergangenen fünf Jahren ausgefallen, und wie viele davon sind auf den Lehrkräftemangel zurückzuführen (bitte nach Jahren, Bundesländern, Schularten und Fächern aufschlüsseln)?
9. Wie viele Personen, die über keine deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren einen Antrag auf Anerkennung als Lehrkraft im Sinne des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) gestellt?
 - a) Wie viele dieser Anträge konnten positiv bescheinigt werden?
 - b) Welche Gründe liegen für die Nichtanerkennung als Lehrkraft zugrunde?
 - c) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Lehrkräftemangel in Bezug auf eine Novellierung des BQFG?
10. Wie viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrkräften wurden nach Kenntnis der Bundesregierung als Seiten- und Quereinsteiger in den letzten fünf Jahren bundesweit ausgebildet (bitte nach Jahren, Bundesländern und Lehrämterarten aufschlüsseln)?
 - a) Ob und inwieweit könnte die Ausbildung von Seiten- und Quereinsteiger für das Lehramt kurzfristig die Lehrkräftelücke schließen?
 - b) Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass immer mehr Bundesländer Seiten- und Quereinsteiger einstellen, um die freien Stellen zu besetzen?
11. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Lehramtsstudierenden der letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, Bundesländern und Lehrämterarten aufschlüsseln)?

12. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass die Zahl der Lehramtsstudierenden sinkt im Hinblick auf den sich verschärfenden Lehrkräftemangel?
13. Welche Auswirkungen hat der Fachkräftemangel nach Kenntnis der Bundesregierung auf die physische und psychische Gesundheit von Lehrkräften an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen?
 - a) Wie viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrämtern sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren in Teilzeitarbeit gewechselt (bitte nach Jahren, Bundesländern, Schularten, Altersgruppen und Geschlecht aufschlüsseln)?
 - b) Wie viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrämtern sind nach Kenntnis der Bundesregierung aufgrund von Überlastung in Teilzeitarbeit gewechselt (bitte nach Jahren, Bundesländern, Schularten, Altersgruppen und Geschlecht aufschlüsseln)?
 - c) Wie viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrämtern waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren bundesweit aufgrund physischer und psychischer Erkrankung längerfristig arbeitsunfähig (bitte nach Jahren, Bundesländern, Schularten, Altersgruppen und Geschlecht aufschlüsseln)?
 - d) Wie viele Überstunden haben Lehrkräfte an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrämtern nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen fünf Jahren bundesweit geleistet (bitte nach Jahren, Bundesländern, Schularten, Altersgruppen und Geschlecht aufschlüsseln)?
 - e) Wie vielen Vollzeitäquivalenten entsprechen nach Kenntnis der Bundesregierung die geleisteten Überstunden (bitte nach Jahren, Bundesländern, Schularten, Altersgruppen und Geschlecht aufschlüsseln)?
 - f) Wie viele Überlastungsanzeigen sind nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit von Lehrkräften an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie bei sonderpädagogischen Lehrämtern in den vergangenen fünf Jahren getätigt worden (bitte nach Jahren, Bundesländern, Schularten, Altersgruppen und Geschlecht aufschlüsseln)?
 - g) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Lehrkräftemangel und der daraus resultierenden Überlastung von Lehrerinnen und Lehrern?

Plant die Bundesregierung, hier die Länder zu unterstützen, um mehr Lehrkräfte auszubilden oder einstellen zu können?
14. Plant die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen und/oder mit den Ländern ins Gespräch zu kommen, um den Beruf des Lehrers bzw. der Lehrerin beispielsweise durch eine Verringerung der Arbeitszeit, Verkleinerung der Klassengröße und Gleichstellung aller Lehrämter attraktiver zu machen?
15. Plant die Bundesregierung, Gespräche mit der KMK aufzunehmen mit dem Ziel, frühzeitig eine zuverlässige Bedarfsprognose mit umfangreichen Parametern wie Bevölkerungsprognosen, Lehrer-Schüler-Relation, besondere Bedarfe für Ganztage und Inklusion sowie die Aufnahme von geflüchteten Kindern in das Schulsystem bis zum Jahr 2035 zu erstellen?

16. Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass die Bundesländer nicht in der Lage sind, den Lehrkräftemangel aus eigener Kraft heraus zu bekämpfen im Hinblick auf eine Grundgesetzänderung, die es dem Bund erlaubt, grundsätzlich Bildung mitzufinanzieren (vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes)?

Berlin, den 1. September 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion